

grammblatt „Studio“. Im Nachtprogramm der KRO von Sonntag auf Montag ist immer jemand vom Team bereit, um telefonisch pastorale Gespräche mit Hörern zu führen. Die Kontaktschwelle zum Team ist relativ niedrig. Zuschauer und Hörer können anonym Hilfe bei den Mitarbeitern des Teams suchen; die Mitarbeiter wohnen weit weg, sind ihnen aber durch das Medium Fernsehen vertraut.

Die Fernsehgemeinde richtet sich vor allem an die große, suchende Gruppe der Mitte unter den Katholiken und versucht, für sie ein positives und gläubiges Klima zu schaffen. In einer solchen gläubigen Atmosphäre können Veränderungen, die auf gesellschaftlichem und kirchlichem Gebiet notwendig zu sein scheinen, auf fruchtbare Weise verarbeitet werden. Unter den Zuschauern der Sendungen der „Fernsehgemeinde“ ist die Gruppe der Älteren (von über 50 Jahren) stark vertreten. Aber auch jüngere Menschen, und auch Nichtkatholiken, wenden sich häufig an die Fernsehgemeinde, um über das zu sprechen, was sie in ihrer gläubigen Existenz bewegt.

In allen Sendungen wie in der persönlichen Hilfe wird versucht, den Menschen zu helfen, eine deutlichere Sicht auf ihr eigenes Leben zu bekommen. Die „Fernsehgemeinde“ versucht, einen ehrlichen und realistischen Glauben anzubieten, in einer verstehbaren Sprache formuliert. Die Vertrauensbasis, die durch das Medium Fernsehen mit den Zuschauern aufgebaut wird, ist die Basis, auf der das pastorale Gespräch danach stattfindet.

Glosse

Ferdinand Klostermann

Neuer „politischer Katholizismus“?

Die stärkere Zuwendung zu gesellschaftspolitischen Problemen, die im Anschluß an die Österreich-Synode, den Österreichi-

schen Katholikentag und das Volksbegehren der Aktion Leben erfreulicherweise auch in der Kirche von Österreich zu beobachten ist, hat auch ihre bedenklichen Aspekte. Auf sie aufmerksam zu machen ist das Ziel dieser Glosse. — Über die unverzichtbare Aufgabe der Kirche gegenüber der Gesellschaft siehe den Leitartikel dieses Heftes. red

Die österreichische Kirche hat schon seit 1945 im politischen Bereich zurückhaltender agiert als die Kirche in der BRD, in der bis in die jüngste Zeit Wahlhirtenbriefe veröffentlicht wurden¹; auch für die bevorstehenden Bundestagswahlen werden schon kirchliche Aktivitäten angekündigt. Österreichische Bischöfe hingegen lehnen weiterhin Wahlhirtenbriefe ausdrücklich ab². Prominente österreichische Katholiken unterscheiden deutlich zwischen Kirche und Katholizismus, der „heterogen“ sei und sich in vielen Katholizismen darstelle: „Ein bekennender Katholik kann bekennender Sozialist sein, solange der Sozialismus keine Gegenkirche ist“; ebenso könne ein Katholik aber auch ein „Nationaler“ im liberal-konservativen Sinn sein³. Die Österreichische Volkspartei hat von Anfang an auf das „C“ verzichtet; sie betont wohl ein Nahverhältnis zur Kirche, beansprucht aber selbst keinen „Alleinvertretungsanspruch“ und will sich nicht auf die Kirche, sondern auf politische Argumente stützen⁴.

Das gemeinsame Leid von ehemaligen politischen Gegnern unter der nationalsozialistischen Unterdrückung hat diese Entwicklung nicht wenig gefördert und eine Wiederherstellung jener unseligen und verhängnisvollen Verbindung von Kirche und Tagespolitik in der Zwischenkriegszeit verhindert, die ganze Schichten des Volkes der Kirche entfremdet und Wunden hinterlassen hat, die bei manchen Menschen der

¹ Hirtenbrief der Bischöfe Bayerns zur bevorstehenden Landtagswahl: Kathpress v. 21. 10. 1974, n. 245,6 f; Kathpress-Information v. 25. 10. 1974, n. 242,4 f; Wahlerklärung der Bischöfe von Nordrhein-Westfalen: Kathpress v. 18. 3. 1975, n. 64,6.

² Kathpress v. 17. 2. 1975, n. 39,1 f. und Kathpress-Dokumentation v. 31. 12. 1975 n. 300,2 f.

³ Kathpress v. 11. 4. 1975, n. 84,1.

⁴ Kathpress v. 14. 4. 1975, n. 86,4.

älteren Generation bis heute noch nicht völlig vernarbt sind. Wenigstens offiziell hat sich die Kirche in Österreich, weithin auch in der BRD, von parteipolitischen Fesseln befreit, und auch ihr Verhältnis zu den sozialistischen Parteien konnte sich im großen und ganzen positiv entwickeln. In letzter Zeit ist nun auch in Österreich nicht nur eine Repolitisierung katholischer Verbände, etwa des österreichischen CV, festzustellen, der Maßnahmen gegen Mitglieder in Aussicht stellte, die die derzeitige SPÖ-Regierung unterstützen⁵, sondern auch kirchliche Amtsträger betonen, vor allem im Zusammenhang mit der Diskussion um die Fristenlösung, wieder stärker den Weltauftrag und das politische Engagement nicht nur der einzelnen Christen, sondern auch der Kirche als ganzer⁶. Solche Mahnungen sind natürlich nur zu berechtigt, soweit sittliche Grundwerte gefährdet sind, gegenüber Menschen, die die Kirche in die Sakristei zurückdrängen wollen, und gegenüber Christen, die Glaube und politische Verantwortung überhaupt trennen möchten⁷; sie werden aber zum mindesten mißverständlich, wenn man betont, nicht nur die einzelnen Katholiken, sondern auch die Kirche selbst sollte sich nicht scheuen, die Hände im politischen Geschehen schmutzig zu machen: es müsse einfach riskiert werden, sich den momentanen Auseinandersetzungen zu stellen, auch auf die Gefahr hin, später einmal etwas zurücknehmen zu müssen, in einen Irrtum zu geraten, ja sogar eine seelsorgliche Situation zu belasten⁸. Solche „Irrtümer“ sind freilich leichter getan als später wieder gutgemacht. Zu schnell ist man dann bei subkutanen Wahlempfehlungen: Christen müßten sich „am weltanschaulichen und ethischen Profil der Parteien orientieren“⁹. Tatsächlich nahm der Innsbrucker Diözesanlaienrat zur letzten Nationalratswahl Stellung und forderte mit Hinweis auf mit hauchdünner Mehrheit der Regierungspartei beschlossene Gesetze die

Katholiken auf, „zur Wahl zu gehen und dabei aus christlichem Gewissen ihre Entscheidung zu treffen“¹⁰. Ja man spricht schon von wesentlichen Änderungen im Verhältnis Kirche und Staat bzw. Kirche und Regierungspartei und fordert eine deutlichere Abgrenzung vom „weltanschaulichen Gegner“¹¹.

In diesem Zusammenhang scheinen uns auch Vorschläge bedenklich, die eine Arbeitsteilung zwischen der Katholischen Aktion und den Arbeitskreisen der Pfarrgemeinderäte vorsehen: diese und andere katholische Gruppierungen sollten ihre bisherigen (katholisch-pastoralen) Aufgaben weiter wahrnehmen, jene solle ihre wichtigste Aufgabe in der Erfüllung des gesellschaftspolitischen Apostolats sehen. Das könnte nämlich zu einer bedenklichen Politisierung der Katholischen Aktion führen und diese zum „politischen Arm“ der Kirche machen, als der ehemals die christlichen Parteien gesehen wurden. Die Gefahr ist bei manchen Menschen in manchen Gliederungen ohnedies gegeben¹².

Dabei verdient Beachtung, daß zur gleichen Zeit namhafte Politiker von der Kirche mehr gesellschaftspolitische Aktivität verlangen; ein weiterer Rückzug im Bereich der Bildungs- und Kulturpolitik wäre verhängnisvoll¹³. Der Bundesparteiohmann der ÖVP glaubte die Kirche vor der „Theorie der Äquidistanz“ warnen zu müssen und forderte einen neuen „politischen Katholizismus“ vom Standpunkt der Kirche; ohne ihn würde die Kirche als gesellschaftliche Kraft versickern; kirchliche Organisationen hätten sich dorthin zu orientieren (!), wo Prinzipien und Ausformungen den Katholiken näher stünden; sollte diese Partei die ÖVP sein, könne dies ihm in seiner Eigenschaft als Parteiohmann nur recht sein; er sei nicht für eine katholische Partei, könne sich aber eine Stärkung der katholischen Vorstellungen mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen vorstellen; der politische Katholizismus müsse

⁵ Kathpress v. 30. 5. 1975, n. 122,1.

⁶ Kathpress v. 9. 7. 1975, n. 156,2.

⁷ Kathpress v. 8. 9. 1975, n. 207,1.

⁸ Kathpress v. 29. 10. 1975, n. 251,1 f.

⁹ Kathpress v. 29. 10. 1974, n. 251,2; v. 17. 2. 1975, n. 39,1; v. 13. 3. 1975, n. 60,2 f.

¹⁰ Kathpress v. 23. 9. 1975, n. 220,2.

¹¹ So im Mittagsjournal des 27. 12. 1975 (ORF); vgl. Herder Korrespondenz 30 (1976) 13.

¹² Kathpress v. 28. 11. 1975, n. 276,2 f.

¹³ Kathpress v. 27. 10. 1975, n. 249,1.

sich vor allem an der Basis entwickeln¹⁴. Daß dabei eine gewisse Presse dem „alten (politischen) Katholizismus“ nachweint, ist verständlich¹⁵.

Dazu kommt in der BRD wie in Österreich, von Italien gar nicht zu reden (s. die Absetzung des Erzbischofs Baldassari von Ravenna¹⁶) die praktische Diskriminierung von „links“ stehenden, „sozialistisch“ eingestellten oder engagierten Katholiken oder gar kirchlichen Amtsträgern im Namen der „notwendigen“ Loyalität; jegliche politische Abweichung von der gewohnten CDU/CSU, ÖVP- oder DC-Politik wird gern als kommunistische Infiltration oder Unterwanderung diffamiert; bei kirchlichen Angestellten scheidet man vor Kündigungsdrohungen nicht zurück (Beispiele sind auch aus Österreich bekannt), während man über offene Mißbräuche und Verletzungen der theoretischen parteipolitischen Neutralität der Kirche, etwa über die — erfreulicherweise seltene — parteipolitische Propaganda im Zusammenhang mit gottesdienstlichen Veranstaltungen und über massive Wahlpredigten, großmütig hinwegsieht¹⁷. — Es ist auf diesem Hintergrund nicht sehr glaubwürdig, wenn man den sozialistischen Parteien vorwirft, sie hätten kaum namhafte Katholiken an führenden und einflußreichen Stellen und seien schon deshalb für Katholiken nicht wählbar.

In Zeiten und Regionen, in denen man es weithin noch mit unmündigen Bürgern und Christen zu tun hatte, die selbst noch nicht fähig waren, sich sachkundig zu informieren und eine Meinung zu bilden, und in denen auch die christlichen Kirchen selbst noch eine ganz andere Stellung in der Gesellschaft inne hatten, mag es mitunter zweckmäßig gewesen sein, daß kirchliche Amtsträger auch in politischen Fragen für die ihnen Anvertrauten dachten und redeten und ihnen gewisse Entscheidungshilfen gaben. Heute sind diese weithin selbst

imstande, sich zu informieren und Gründe und Gegenstände abzuwägen; auch sind sie sensibel für die Autonomie der irdischen Wirklichkeiten und für Kompetenz und Inkompetenz der Kirche und ihrer Amtsträger¹⁸.

Tatsächlich werden politische Einflußnahmen der Kirchen immer peinlicher empfunden und erweisen sich immer mehr als völlig wirkungslos. Dennoch können Versuche, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, zu verhängnisvollen Klimaver schlechterungen führen und Dialog und Argument wieder durch Emotionen auf beiden Seiten ersetzen.

Umsomehr verdienen maßgebende Stimmen, die einen Kollisionskurs verhindern wollen, Dank. So haben auch noch in jüngster Zeit Bischöfe erklärt, sie seien an einer Störung oder auch nur Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat oder auch nur zwischen Kirche und SPÖ in keiner Weise interessiert¹⁹, und namhafte Vertreter der SPÖ, der Kirche sei es selbstverständlich unbenommen, ihre Meinung frei zu äußern, sie könne diese nur nicht allen Staatsbürgern aufzwingen; auch der österreichische Bundeskanzler erklärte, unterschiedliche Auffassungen zwischen Kirche und Sozialdemokratie seien noch „kein Malheur“; im übrigen sei die Sozialdemokratie kein Religionsersatz²⁰. Unmißverständlich stellte der Vorsitzende der Österreichischen Bischofskonferenz in seiner jüngsten Silvesteransprache fest: Vielleicht seien manche an einer Konfrontation zwischen Kirche und Staat interessiert, die Kirche und die verantwortlichen politischen Kräfte in diesem Land seien es nicht; die Kirche werde deswegen „kein stummer Diener des Staates sein“, sondern reden, wo sie reden muß; aber sie werde „nicht gegen den Staat zu Felde ziehen, der auch ihr Freiheit und Frieden garantiert. Und sie wird nicht Verbündeter einer oder Gegner einer anderen Partei sein. Die Zeit eines politisierenden Katholizismus, einer politisierenden Kirche mit Wahlhirtenbriefen und

¹⁴ Kathpress v. 9. 12. 1975, n. 284,2.

¹⁵ Die Presse vom 6./7./8. 12. 1975, 3.

¹⁶ Kathpress v. 1. 12. 1975 n. 278,4: „Der Papst hat von mir verlangt, daß ich aus gesundheitlichen Gründen den bischöflichen Dienst in Ravenna frischeren Kräften überlassen soll, und ich habe mit ja geantwortet.“

¹⁷ Vgl. Zweierlei Maß, in: Imprimatur 8 (1975) 129—131.

¹⁸ Pastoralkonstitution, Art. 36, 51, 56, 75.

¹⁹ Kathpress v. 6. 11. 1975, n. 257,1.

²⁰ Kathpress v. 11. 11. 1975, n. 261,2.

Wahlempfehlungen ist vorbei. Aber die Kirche wird wieder die Gläubigen an ihre politische Verantwortung erinnern, wo sie politisch auch stehen, an die Verantwortung, die der einzelne dafür trägt, welche Politik in einer Partei und welche Politik in Österreich gemacht wird“²¹.

Leserbrief

Ludwig Bertrand Riedl

Ehescheidung — nicht die Vollkommenheit Christi

Zum Beitrag von R. Hotz, Ist kirchliche Ehescheidung möglich? *

Im Vorspann zum Beitrag von Hotz haben wir darauf hingewiesen, daß das orthodoxe Verständnis vom „Tod der Ehe“ auch für unsere Diskussion um Unlöslichkeit und Ehescheidung einen entscheidenden Aspekt beitragen könnte. Obwohl im folgenden Leserbrief keine neuen Aspekte zur Lösung der Problematik um Ehe und Ehescheidung beigebracht werden, veröffentlichen wir diese Zuschrift eines in Chile wirkenden Theologen, da die Besinnung auf das von Jesus eigentlich Gewollte immer wieder die Mitte aller Überlegungen bilden muß und da die von Riedl vorgebrachte Interpretation des biblischen und kirchlichen Verständnisses wohl entscheidend dazu beiträgt, daß z. B. auch in der Frage der Zulassung wiederverheirateter Geschiedener zu den Sakramenten nichts weiterzugehen scheint. — Die beiden wichtigsten Punkte, die hier zu klären wären, sind wohl das Verständnis des „Naturgesetzes“ sowie die Frage, ob ein „verlorener“ Ehepartner aus einer schlechthin zerrütteten Ehe, der nun in einer neuen

Verbindung lebt, eine gute Ehe führt, mehrere Kinder hat und diese im christlichen Geist zu erziehen sucht, mit einem verlorenen Schaf verglichen werden kann und ob hier die Liebe als Materie des Sakramentes zur Rückkehr zum ersten Partner zwingt oder u. U. zum Verbleiben in der zweiten Ehe. red

Zwei Aussagen des Artikels möchte ich kritisch untersuchen:

1. P. A. Gommenginger wird zitiert: „Jesus gibt in seinen Ausführungen über die Ehescheidung kein Gesetz.“ Ebenso wird Ratzinger zitiert: „Da Jesus hinter die Ebene des Gesetzes zurückgreift auf den Ursprung, darf sein Wort selbst nicht wieder unmittelbar und ohne weiteres als Gesetz angesehen werden.“

Dazu ist doch zu sagen, daß Jesus seine sittlichen Forderungen, mit denen er die sittlichen Auffassungen der damaligen Juden „verbessert“ oder „zurecht“-weist, unter den gemeinsamen Nenner stellt: „Wenn euere Gerechtigkeit nicht weitaus größer sein wird als die der Schriftgelehrten und Pharisäer, werdet ihr nicht ins Himmelreich hineinkommen“ (Mt 5,20). Die Formulierung: „...ich aber sage euch...“ (Mt 5,32 u. a.) ist keine bloße Empfehlung, sondern ein Gebieten eines neuen Begriffes von Vollkommenheit, der alle verpflichtet unter Androhung des Ausschlusses aus dem Himmelreich, also auch aus der Kirche.

Jesus geht wohl damit „hinter die Ebene des Moses-Gesetzes, zu den Ursprüngen zurück“ (Mt 19,8). Aber die Grundlage, auf die er zurückgreift und auf die er sich stützt, ist noch viel stärker Gesetz — nicht umgebogen „wegen der Härte“ — oder Schwäche — der Menschen (Mt 19,8): Es ist das Naturgesetz des Menschen, das der Schöpfer Gott in seine Natur gelegt hat, damit sie vollkommen sei. Die Vollkommenheit ist nicht bloß Gesetz Christi, sondern auch der Wille des Schöpfers, also Ursprungsgesetz: der Mensch sollte „Abbild und Gleichnis Gottes“ sein (Gen 1,26 und 31). Das Leben des erlösten Menschen,

²¹ Kathpress-Dokumentation v. 31. 12. 1975, n. 300,2 f.

* Diakonia 6 (1975) H. 3, 165–173.